



Pressemitteilung

23.09.2007

Heroin an Schwerstabhängige: CDU Sozialausschüsse fordern Aufhebung des Fraktionszwangs

Die CDU Sozialausschüsse (CDA) fordern die Freigabe der Abstimmung im Deutschen Bundestag über die kontrollierte Heroinabgabe an Schwerstabhängige. Die Sozialausschüsse sind der Meinung, dass bei einer Abstimmung im Deutschen Bundestag, der dem Gesetzesantrag des Bundesrates noch zustimmen muss, es den einzelnen Abgeordneten überlassen bleiben muss, frei von jeder Fraktionsdisziplin zu entscheiden. „Wir fordern, dass der Fraktionszwang im Deutschen Bundestag in dieser Frage aufgehoben wird,“ erklärt der Landesvorsitzende der CDU Sozialausschüsse Christian Bäuml. Die Frage, ob synthetisch hergestelltes Heroin (Diamorphin) an Schwerstabhängige abgegeben wird, sei“ eine Gewissensentscheidung, bei der sich die Parlamentarier an den Fachleuten und Gutachtern, nicht aber an parteitaktischen Erwägungen orientieren sollten.“ Bäuml verweist darauf, dass sich auch CDU Abgeordnete aus Baden-Württemberg mit der ablehnenden Haltung der CDU/CSU Fraktion schwer tun.

Die Sozialausschüsse begrüßen die Entscheidung des Bundesrats das Arzneimittel- und das Betäubungsmittelgesetz zu ändern und damit Diamorphin als verschreibungs- und verkehrsfähiges Arzneimittel einzustufen. Die CDU Sozialausschüsse halten es für erforderlich eine gesetzliche Regelung zur Fortführung der Diamorphinbehandlung innerhalb der Regelversorgung auf den Weg zu bringen. Denn ohne eine gesetzliche Grundlage ist die Kostenübernahme der medizinischen Behandlung durch die gesetzlichen Krankenkassen bzw. die Rentenversicherungsträger nicht möglich; die finanzielle Last wird so ausschließlich den Städten wie z. B. Karlsruhe überlassen, erklärt der Sozialpolitiker Bäuml. Er hebt weiter hervor, dass das Karlsruher Model in vorbildlicher Art und Weise psychosoziale Betreuung und Kriminalitätsvorbeugung miteinander verbunden hat.

Bei Rückfragen: 01785347269
www.christian-baeumler.de